



Freidemokrat Dahrendorf: Malheur passiert

FDP

Linker Lou

Beim Liberalen Studentenbund wurde die Spruchweisheit laut, die vorgeblich dem Chinesischen entstammt: „In der Parteispitze sitzen lauter Papiertiger, nur Erich Mende ist ein Wertpapiertiger.“

Solch spitzige Despektierlichkeit des parteieigenen Jungvolks erfüllte die Oberherren des Bonner FDP-Establishments mit Sorgen vor morgen: In der Universitätsstadt Freiburg müsse man beim dortigen FDP-Bundesparteitag Anfang nächster Woche mit einem „Go in“ unbotmäßiger Studenten rechnen.

Uneins über die Standard-Frage der Mainzer Karnevalisten — „Sollte mer se 'reilasse?“ —, erwogen die FDP-Herren auf ihrer Hauptausschußsitzung Ende vergangenen Jahres in Mainz, Schirm, Charme und Megaphone als mögliche Mittel der Verteidigung einzusetzen:

- ▷ Polizei solle das Tagungslokal, die Freiburger Stadthalle, gänzlich gegen studentische Störenfriede abschirmen;
- ▷ charmante Freiburger Studentinnen sollten als Saalordnerinnen die Herren Studenten, denen man Zutritt zur Zuschauertribüne gewähren könne, zu kavaliersmäßigem Benehmen anhalten;
- ▷ linksliberale Redner wie der Schwabe Karl Moersch und der Fraktions-Einpeitscher Hans-Dietrich Genscher sollten mittels elektrisch verstärkter Megaphone schon draußen vor der Tür die anrückenden Studiker in Diskussionen verwickeln.

Doch die Liberalen blieben unschlüssig über die beste Methode, die Würde ihres Parteitags zu wahren.

Freilich: Das befürchtete „Go in“ wird vielleicht auch nicht stattfinden. Denn den Jungdemokraten, der widerspenstigen Nachwuchsorganisation der FDP, ist inzwischen, zusammen mit den Studenten, etwas Besseres eingefallen.

Ohne Wissen des Parteivorstandes haben die Jungdemokraten den Chef-Protestanten Jung-Deutschlands, Rudi Dutschke, für ein Kontrastprogramm zum FDP-Parteitag unter Vertrag genommen.

Am Abend des Eröffnungstages — dem 29. Januar — soll Dutschke im Freiburger Paulus-Saal, der 1300 Zuhörer faßt, zusammen mit SDS-Vorsitzer Wolff, dem IG-Metall-Mann Georg Benz und dem Hamburger Journalisten Gösta von Uexküll zur Diskussion über „Ursachen und Ziele der außerparlamentarischen Opposition“ anrücken.

Die parlamentarische Opposition soll Widerpart halten. Vom FDP-Parteitag sollen Neustar Ralf Dahrendorf, die mannhafte Frau Staatssekretär Hildegard Hamm-Brücher und der Berliner Hermann Oxfort herüberkommen und mit Dutschke streiten. Die drei haben zugesagt.

Dem Parteivorstand ist das gar nicht recht. Der silbergelockte Charmeur Walter Scheel, der in Freiburg von dem verdienten, heute in amerikanischen IOS-Diensten verdienenden Erich Mende den Parteivorsitz übernehmen wird, befürchtet jetzt, daß die Dutschke-Diskussion dem Parteitag die Schau stehlen könnte: „Ich bin immer und überall für ein Gespräch mit der außerparlamentarischen Opposition — nur nicht während des Parteitages.“

Untersagen freilich kann und will der auf Ausgleich und Einigkeit bedachte Walter Scheel die Veranstaltung der Jungdemokraten auch nicht.

Da das Malheur nun einmal passiert war, machte sich Hans-Dietrich Genscher, der in Freiburg zum stellvertretenden Parteivorsitzenden aufrücken soll, vergangene Woche daran, die Wirksamkeit der jungdemokratischen Veranstaltung mit Dutschke in Zweifel zu ziehen.

Der reisende und redende „Rote Rudi“, so beschied Genscher verärgerte Parteifreunde, sei doch bereits so angepaßt an die modernen Massenmedien, daß er gar nicht mehr richtig opponieren könne. Genscher: „Wenn der Dutschke so weitermacht, dann wird er noch der Lou van Burg des linken Establishments.“

BERLIN

POLIZEI

Letzte Wahl

Der Posten wird mit einem Jahresgehalt von 50 720 Mark dotiert. Aber keiner wollte ihn.

Verwaist blieb das Amt des West-Berliner Polizeipräsidenten, seit sich die Polizei der Stadt durch ihre Knüppel-Oper am 2. Juni in Verruf gebracht hatte und Polizeiherr Erich Duensing gehen mußte. Er war es, der die Studenten-Demonstration nach dem „Leberwurst-Prinzip“ („In der Mitte hineinstecken und nach beiden Seiten ausdrücken“) zerschlagen ließ; der Student Benno Ohnesorg wurde dabei erschossen.

Ebenso diskret wie vergeblich bemühte sich der West-Berliner Senat, einen Duensing-Nachfolger unter westdeutschen Polizeichefs anzuwerben. Allein Münchens Polizeichef Manfred Schreiber zeigte Verständnis für die bedrängte Stadt und wollte dem Senat wenigstens für zwei Jahre als Übergangspräsident dienen. Doch Oberbürgermeister Vogel (SPD) inter-

Künftiger Berliner Polizeichef Moch
Gegner akzeptiert

venierte, und Schreiber blieb an der Isar.

Gründe für die Abneigung, im Tempelhofer Polizei-Hauptquartier Stellung zu beziehen, gab es genug. Denn Polizist sein heißt in Berlin zwar wie in Frankfurt oder Hamburg auch: Verkehrsknoten lösen, Betrunkene einsammeln, Verbrechen bekämpfen. Es bedeutet zugleich aber, „inmitten des kommunistischen Machtbereichs jederzeit einsatzbereit und schlagkräftig zu sein“ (Ex-Bürgermeister Albertz).

Zudem braucht der Berliner Polizeipräsident robuste Konstitution: Er wird vom Parlament direkt gewählt und läuft deshalb bei möglichen Auseinandersetzungen mit der leicht zum Streit aufgelegten SPD-Fraktion Gefahr, abgewählt zu werden. Und diplomatisches Geschick hat er nötig, weil er nicht nur Senat und Parlament, sondern auch den alliierten Kommandanten des Besatzungsgebietes West-Berlin verantwortlich ist. Widmet sich der Diener dreier Herren dann auch noch dem Versuch, die militante Moral der 20 000 Mann starken Schlagstock-Truppe zu mildern, riskiert er Schwierigkeiten mit dem durchaus frontstadtbeuhten Offizierkorps.

Wie kein anderer Berliner Amtsträger steht der Chefpolizist im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik. Härte und Hauen im Umgang mit den aufmuckenden Studenten würden ihm im linken Lager unverzüglich den Ruf eines Notstandspolizisten eintragen. Milde gegenüber der außerparlamentarischen Opposition aber brächte ihn beim Volk von Berlin in Verruf, dem die Polizei ohnehin zu lasch ist.

Der neue Mann sollte nach Vorstellung der regierenden Sozialdemokraten denn auch nahezu unerfüllbare Bedingungen erfüllen: Er sollte Volljurist und Philanthrop, SPD-Mitglied und überparteilich, reich an Polizeierfahrung, zugleich aber jung an Jahren sein. Und die Alliierten erwarten von dem neuen Mann, dessen Wahl sie bestätigen müssen, eine lupenreine Vergangenheit.

In Berlin schien so ein Mann nicht auffindbar. Entweder stand die Vergangenheit im Wege — so erging es dem West-Berliner Schupo-Kommandeur Hans-Ulrich Werner, dem DDR-Zeitungen NS-Mitgliedschaft und „Partisanenbekämpfung“ im Zweiten Weltkrieg vorwarfen. Oder die Persönlichkeitskonturen paßten nicht in die Mauer-Landschaft — so schied etwa der Sozialdemokrat Joachim Prill, Chef der Polizeiaufsichtsbehörde des Senats, als Nachfolger aus, weil er die „Hemdsärmel um eine Lage zu weit aufgekrempt hat“ (so Innensenator Kurt Neubauer).

In dieser aussichtslos scheinenden Notlage griffen die regierenden Sozialdemokraten in der letzten Woche schließlich auf einen Mann zurück, der ihnen bis dahin wegen seines Parteibuchs nicht akzeptabel erschienen war: Polizeivizepräsident Georg Moch, 47, CDU-Mann und Katholik, soll nun Polizeipräsident werden.

Stellvertreter Moch galt im Tempelhofer Polizei-Hauptquartier schon im-

mer als der eigentliche Präsident. Der oberschlesische Berufs-Jurist schickte sich in die notwendige Arbeitsteilung, als 1962 der ihm erst unterstellte Schupo-Chef Duensing sein Vorgesetzter wurde: Moch administrierte, Duensing kommandierte.

Der Mann, der im Zweiten Weltkrieg schwer verwundet wurde und heute in seinem Arbeitsstab nur Zivilisten duldet, der sich in jungen Jahren der Theologie zuwandte und in seiner Freizeit Wikingerschiffe bastelt, war die letzte Wahl von Bürgermeister und Innensenator Neubauer. Er staunt vernahmen es die Genossen vom SPD-Fraktionsvorstand — und sie akzeptierten den politischen Gegner.

Daß Neubauer seinen Polizeipräsidenten nach langem Zögern aus den Reihen der Oppositionspartei erkor, trug ihm schnell den Ruhm ein, ein Politiker ohne engstirnigen Partei-



Kieler Student Gritzka, Verfassungsschutz-Inserat: Handgeld für Grillparzer

horizont zu sein. „Der Abend“ lobte, Neubauer sei „über den eigenen Schatten gesprungen“.

Gleichwohl hatte der sozialdemokratische Strategie seine Auswahl nicht ohne Vorbedacht getroffen: Neubauer hofft, daß er mit dem Christdemokraten Moch an der Spitze der Polizei die von der Berliner Presse stark beachtete Kritik der CDU eindämmt, er behandle rebellische Studenten nicht mit genügendem Nachdruck.

VERFASSUNGSSCHUTZ

STUDENTEN

M 3951 KN

Es begann unter vier Augen an einem Nachmittag im Kieler Café Pur-sche. Es endete vor 2500 Studenten um Mitternacht in der Neuen Mensa der Kieler Universität. Am Dienstag vergangener Woche offenbarte der Student Detlef Gritzka, 23, daß er unter

dem Decknamen „Grillparzer“ für den Verfassungsschutz tätig gewesen ist.

Zum drittenmal innerhalb weniger Wochen scheiterte ein Versuch des Verfassungsschutzes, Studenten für die Überwachung von Studenten zu gewinnen. Doch zum erstenmal mißlang ein solches Ausspähungs-Unternehmen erst, nachdem ein Student — Gritzka — monatelang den willigen Gehilfen gespielt und dabei die Methoden des Verfassungsschutzes studiert hatte.

In Gießen hatte am 10. November vergangenen Jahres der Student Martin Siegler, 21, die Mitarbeit sogleich abgelehnt. Der Student Ulrich Weyl, 22, nahm nur 75 Mark und den Decknamen „Atze Wolf“ entgegen, dann verständigte er den Allgemeinen Studentenausschuß (Asta) und seinen Vater, der zur Zeit Rektor der Universität ist (SPIEGEL 50/1967).

In Göttingen benachrichtigte kurz darauf ein — anonym gebliebener —

397 schnell, gr. Stoffausw. Ruf 4 02 29
in Statik, Bauanträge, Bauabrechng.,
KN sorgfältig u. schnell. N 8592 KN

Nebenberuflich
leichte journalistische Tätigkeit,
bes. für Studenten geeignet. Gute
Honorierung. Ang. unt. M 3951 KN

Nur für Frauen! Werden Sie
nebenberuflich AVON-Be-
raterin. Zeiteinteilung: wie es
Ihnen paßt. Tätigkeit: interessant
und angenehm. Verdienst: gut, Sie
werden staunen. Angeb. N 3772

HEIMVERDIENST
150,- DM und mehr wöchentlich

Student auch gleich Rektor und Asta, daß er für Spähaufgaben angeheuert werden sollte. Wie an allen deutschen Hochschulen wird auch dort der linke „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) vom Verfassungsschutz überwacht. Dessen Auftrag ist es, radikale Organisationen daraufhin zu observieren, ob sie verfassungsfeindliche Ziele verfolgen.

In Gießen und Göttingen bemühten sich die Beamten in vertraulichen Gesprächen um Studenten als V-Männer. In Kiel hingegen gaben sie eine Suchanzeige auf. In den „Kieler Nachrichten“ boten sie „leichte journalistische Tätigkeit, bes. für Studenten geeignet“ an und versprachen „gute Honorierung“. Zuschriften wurden unter „M 3951 KN“ erbeten.

Gritzka, Student der Soziologie und Volkswirtschaft, schrieb und wurde ins Café bestellt. Dort erwartete ihn ein Verfassungsschutz-Mann, der sich als „Rolf Wilke“ auswies.

Der Student akzeptierte den Geheim-Job, kassierte ein Handgeld von